

BESCHLUSSVORLAGE V0452/21 öffentlich	Referat	OB
	Amt	Integrationsbeauftragte/r
	Kostenstelle (UA)	0201
	Amtsleiter/in	Gumplinger, Ingrid
	Telefon	3 05-12 06
	Telefax	3 05-13 09
E-Mail	integration@ingolstadt.de	
Datum	09.06.2021	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Migrationsrat	23.06.2021	Kenntnisnahme	

Beratungsgegenstand

Ergebnis aus dem Gespräch der AfD mit gewählten Mitgliedern des Migrationsrates
- mündlicher Bericht von Herr Dr. Andreas Sarropoulos und Herr Lukas Rehm

Antrag:

Der Migrationsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

gez.

Ingrid Gumplinger
Integrationsbeauftragte

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Die gewählten Mitglieder des Migrationsrates hatten im Frühjahr 2021 eine Stellungnahme verfasst, die auf Seiten der AfD-Fraktion auf Unverständnis gestoßen ist. Die Reaktion der AfD-Fraktion auf diese Stellungnahme stieß wiederum auf Unverständnis von Seiten der gewählten Mitglieder des Migrationsrates.

Im Anschluss daran gab es ein Zoom-Treffen mit Vertretern der AfD-Fraktion, Herrn Rehm und Herrn Bannert, Herrn Dr. Sarropoulos und Frau Gumplinger in dem man sich intensiv über die unterschiedlichen Äußerungen beider Seiten austauschte.

Insbesondere der Begriff des Luxusgremiums führte zu Irritationen, sodass man sich gemeinsam auf folgende Formulierung einigte.

Die Aussage "Luxusgremium" wurde so verstanden, dass das Gremium überflüssig ist und Menschen mit Migrationshintergrund kein Mitspracherecht erhalten sollten. Wenn das so nicht gemeint war, werden wir das akzeptieren und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.